



Rat der
Europäischen Union

Brüssel, den 30. November 2015
(OR. en)

14221/15

SOC 671
EMPL 439
ECOFIN 863
EDUC 298

VERMERK

des Vorsitzes
für den Ausschuss der Ständigen Vertreter (1. Teil) / Rat (Beschäftigung,
Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz)

Betr.: Europäisches Semester 2016:
- Vorstellung durch die Kommission
- Gedankenaustausch

Die Delegationen erhalten in der Anlage den Vermerk des Vorsitzes für den Gedankenaustausch über das Paket für das Europäische Semester 2016, der auf der Tagung des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) am 7. Dezember 2015 stattfinden soll.

Der Gedankenaustausch umfasst die Punkte a) Jahreswachstumsbericht, Entwurf des Gemeinsamen Beschäftigungsberichts und Warnmechanismus-Bericht sowie b) Empfehlung für eine Empfehlung des Rates zur Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets.

Einleitung des Europäischen Semesters 2016

Vermerk des Vorsitzes

Die Wirtschaftsaussichten für die EU haben sich nur geringfügig verbessert, trotz eines wirtschaftlichen Umfelds, in dem die positiven Auswirkungen niedriger Ölpreise, ein schwacher Euro und geldpolitische Impulse zusammenkamen. Obwohl sich die EU-Wirtschaft weiterhin als relativ widerstandsfähig erwiesen und im Laufe des vergangenen Jahres große Herausforderungen bewältigt hat, gibt es nach wie vor Risikofaktoren, etwa den anhaltenden Deflationsdruck auf regionaler Ebene und ein schwindendes Wachstum in den aufstrebenden Märkten auf globaler Ebene.

Trotz einiger Fortschritte ist eine kontinuierliche Verbesserung der Beschäftigungssituation und der sozialen Lage noch nicht in Sicht. Arbeitslosigkeit und soziale Ungleichheit befinden sich nach wie vor auf einem historisch hohen Niveau. Auch wenn prognostiziert wird, dass sich das Wachstum in den nächsten Monaten weiter beschleunigen wird, besteht weiterhin die latente Gefahr eines schwachen Wachstums und einer niedrigen Inflation. Dezierte Maßnahmen sind erforderlich, um die Nachwirkungen der globalen Wirtschaftskrise endgültig zu überwinden und neue Herausforderungen, etwa die Herausforderungen im Zuge der derzeitigen Flüchtlingskrise, zu bewältigen. Wenn positive Ergebnisse ausbleiben, wird dies im Übrigen mittelfristig bei den Bürgern Zweifel am EU-Projekt aufkommen lassen. Das Europäische Semester ist darauf angelegt, diesen Herausforderungen zu begegnen.

Vor diesem Hintergrund wird den Mitgliedstaaten in dem von der Kommission vorgelegten Wirtschaftspaket für 2016 aufgezeigt, welche Maßnahmen zu ergreifen sind, um die wirtschaftliche Erholung zu konsolidieren und eine Konvergenz in Richtung der am besten abschneidenden Länder zu erreichen. Im **Jahreswachstumsbericht** 2016 der Kommission wird empfohlen, die Prioritäten des letzten Jahres anhand der derzeitigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu aktualisieren, wobei drei Prioritäten für die Wirtschafts- und Sozialpolitik der EU vorgeschlagen werden:
Wiederankurbelung der Investitionstätigkeit, Fortsetzung der Strukturreformen zur Modernisierung der Wirtschaft und verantwortungsvolle öffentliche Finanzen.

Große Sorge bereitet schon seit einiger Zeit das geringe Investitionsvolumen. Die Investitionsoffensive für Europa ist bereits voll im Gange, und die derzeit niedrigen Zinsen bieten viel Raum für verstärkte Investitionsanstrengungen. Im Jahreswachstumsbericht wird hervorgehoben, dass zu den Investitionen auch Investitionen in das Humankapital und die soziale Infrastruktur gehören sollten. Zugleich müssen Strukturreformen, die auf ein beschäftigungswirksames Wachstum und eine nach oben ausgerichtete soziale Konvergenz zielen, verfolgt und auch wirklich durchgeführt werden, um Arbeitnehmern sowohl Flexibilität als auch Sicherheit zu bieten und insbesondere die Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Im diesjährigen Jahreswachstumsbericht wird hervorgehoben, dass diese Reformen besser koordiniert und unterstützt werden können, wenn schrittweise Benchmarks und empfehlenswerte Vorgehensweisen entwickelt werden und die EU aus den einschlägigen Programmen Finanzmittel bereitstellt. All dies muss im Rahmen einer verantwortungsvollen Haushaltspolitik geschehen, wobei für einen effizienten und angemessenen Sozialschutz gesorgt werden muss.

Im **Entwurf des Gemeinsamen Beschäftigungsberichts** wird hervorgehoben, dass die Beschäftigungssituation und die soziale Lage sich langsam verbessert haben, jedoch nach wie vor Unterschiede zwischen den und innerhalb der Mitgliedstaaten bestehen. Besonders hoch sind die Jugend- und Langzeitarbeitslosenquoten. Aus dem Scoreboard beschäftigungs- und sozialpolitischer Schlüsselindikatoren, das Teil des Gemeinsamen Beschäftigungsberichts ist, geht hervor, dass es auf den Arbeitsmärkten einiger Mitgliedstaaten zwar durchaus ermutigende Anzeichen gibt, die sozialpolitischen Indikatoren in anderen Mitgliedstaaten jedoch schlecht sind.

Der **Warnmechanismusbericht** (WMB), der das jährliche Verfahren zur Überwachung makroökonomischer Ungleichgewichte (VMU) einleitet, zeigt deutlich, dass Fortschritte bei der Korrektur von Ungleichgewichten gemacht werden. Die Arbeitsmarktbedingungen gleichen sich nach Jahren der Divergenz schrittweise an, doch ist die soziale Lage nach wie sehr besorgnis-erregend. Wie bereits von der Kommission angekündigt werden dem Scoreboard in diesem Jahr drei Beschäftigungsindikatoren hinzugefügt: die **Erwerbsquote** und die **Langzeit- und Jugendarbeitslosenquote**.

Vor diesem Hintergrund werden die Minister ersucht, sich zu den folgenden Fragen zu äußern:

- (1) An den im Jahreswachstumsbericht festgelegten Prioritäten sollten sich die politischen Maßnahmen im nächsten Jahr orientieren.
 - *Sind die Mitgliedstaaten der Auffassung, dass diese allgemeinen wirtschaftlichen Prioritäten den erforderlichen beschäftigungs- und sozialpolitischen Anliegen Rechnung tragen, auch im Hinblick auf die Verwirklichung der Ziele der Strategie Europa 2020?*
- (2) Was die soziale Governance betrifft, so sieht der Jahreswachstumsbericht die Einführung spezifischer Beschäftigungsindikatoren in das VMU vor.
 - *Wie sehen die Mitgliedstaaten das Verhältnis zwischen dem VMU-Scoreboard und dem beschäftigungs- und sozialpolitischen Scoreboard und wie sollte letzteres mit den Analysen der makroökonomischen Situation im Rahmen des VMU kombiniert werden?*
 - *Was die länderspezifischen Empfehlungen im Rahmen des VMU und insbesondere die Empfehlungen zu sozial- und beschäftigungspolitischen Aspekten betrifft, wie können die Transparenz und die Berechenbarkeit dieses Prozesses weiter verbessert werden?*
- (3) In den vergangenen Monaten wurde in mehreren Veröffentlichungen und Beratungen die Idee diskutiert, dass in allen wirtschafts- und sozialpolitisch relevanten Politikbereichen verstärkt auf Benchmarks und empfehlenswerte Vorgehensweisen gesetzt werden sollte.
 - *Wie könnte sichergestellt werden, dass im Rat regelmäßig über gemeinsame sozial- und beschäftigungspolitische Herausforderungen und Entwicklungen, die beobachtet werden müssen, beraten wird, und zwar auf der Grundlage der bestehenden Analyseinstrumente (Scoreboard beschäftigungs- und sozialpolitischer Schlüsselindikatoren, Anzeiger für die Leistungsfähigkeit des Sozialschutzes, Anzeiger für die Leistungen im Beschäftigungsbereich und Gemeinsamer Bewertungsrahmen)?*